

diagonal

BSPV

www.bspv.ch

Editorial



Der BSPV-Geschäftsführer begrüsst 20 000 Kantonsangestellte

Adrian Moser

Danke, dass Ihr gekommen seid!

Der Aufmarsch der Kantonsangestellten an der «Stopp-Abbau»-Kundgebung vom 16. März war überwältigend. 20 000 versammelten sich auf dem Bundesplatz.

Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV

Der Kanton Bern hat Probleme. Finanzprobleme, Strukturprobleme und hausgemachte Schwierigkeiten. Ganz gewiss hat er aber auch Personalprobleme. Wenn 20 000 Kantonsangestellte Nein sagen zu wesentlichen Entscheidungen des Regierungsrates und des Parlaments, so erwarten wir, dass nun die Weichen anders gestellt werden. Nur mit zufriedenen, angemessen und verlässlich entlohntem Personal kann der Kanton die anstehenden Probleme lösen. Mit dem Personal und nicht gegen das Personal.

Der Gehaltsaufstieg 2012/13 entpuppte sich als Lohnsummensenkung. Mit 0,4 Prozent lässt sich nichts Vernünftiges anfangen. Wer eine Stufe erhalten

hat, fühlte sich kaum belohnt. Wer keine bekommen hat, fühlte sich betrogen. Wir zeigen auf Seite 5 zwei unbefriedigende Beispiele aus der Praxis.

Mit Oberrichter Peter Kunz, FDP, im Interview und Grossrat Mathias Tromp, BDP, in der Kolumne nehmen ein heutiger und ein ehemaliger Kaderangestellter Stellung zu anstehenden Personalproblemen. Ich hätte Freude, wenn sich ein Mitglied der Gehaltsklassen 1–5 auf der Geschäftsstelle melden würde. Wer keine 4000 Franken im Monat verdient, müsste eigentlich noch viel pointierter Stellung zur Lohn- und Anstellungspolitik des Kantons Bern nehmen.

2 Aktuelles Thema

Erfolgreiche Kundgebung

Zu tausenden sind die Mitglieder des BSPV und dessen befreundeten Personalverbände an die Kundgebung gekommen und haben ein eindrückliches Zeichen gesetzt.

5 Aktuelles Thema

Rotationsgewinne für Gehaltsaufstiege

Die Hälfte der Rotationsgewinne wurde dem Personal vom Kanton zur Verfügung gestellt. Diese haben jedoch nicht für jeden gereicht, was zu skurrilen Situationen führte.

Hinweis

Wichtige Daten

Ordentliche Zentralvorstandssitzung

2. Mai 2013: Am 2. Mai trifft sich der Zentralvorstand (ZV) des BSPV zur ersten ordentlichen Sitzung.

Abgeordnetenversammlung

21. Juni 2013: Am 21. Juni findet die Abgeordnetenversammlung (AV) des BSPV statt.

Weiterbildung:

29. Mai 2013: Coaching – Ein Instrument für Führungspersonen

30. Mai 2013: Finanzielle Pensionsplanung richtig gemacht

12. Juni 2013: Burnout – zuerst Feuer und Flamme, dann ausgebrannt

29. August 2013: Dreisäulenprinzip und Pensionskasse – einfach erklärt



Grosskundgebung unter dem Motto «STOPP Abbau»

Adrian Moser

Überwältigender Erfolg der Stopp-Abbau Kundgebung

Der BSPV und die befreundeten Personalverbände haben zu einer Kundgebung aufgerufen. Erstmals nach elf Jahren wieder. Und die Mitglieder sind zu tausenden gekommen. Sie haben ein eindrückliches Zeichen gegen den Abbau des Service public im Kanton Bern gesetzt.

Voll besetzte Busse aus dem Berner Jura, 600 Polizistinnen und Polizisten in Uniform, eine Gruppe Förster in ihren roten Jacken, Lehrerinnen und Lehrer, Pflegefachfrauen, Rentnerinnen und Rentner mit Transparenten, Automobilexperten in blau, Hebammen, Ärzte und hunderte von Mitarbeitenden aus der Kantonsverwaltung, der Tresorerie, der Finanzkontrolle, der Steuerverwaltung und auch Zivilstandsbeamtinnen und -beamte. Sie alle haben mit ihrem Aufmarsch beeindruckt.

20 000 Kantonsangestellte auf dem Bundesplatz

Die drei anwesenden Regierungsratsmitglieder Beatrice Simon, Bernhard Pulver und Philippe Perrenoud hörten aufmerksam zu und gaben in Interviews unseren Forderungen recht. Radios und mehrere Fernsehsender berichteten ausführlich über die Berner Lohnproblematik. Sogar auf nationaler Ebene fand unsere Aktion die ihr gebührende Aufmerksamkeit. Überwältigend waren die positiven Rück-

meldungen unserer Mitglieder, unserer Freundinnen, unserer Sympathisanten. Und ermutigend sind die Verbandsbeiträge jener, die gemerkt haben, dass eben auch sie betroffen sind. Ein herzliches Dankeschön allen, die in irgend einer Form an den grossen Vorbereitungsarbeiten mitgemacht haben.

Nicht alle haben alles begriffen

Und auch die Neiderinnen und Neider haben sich gemeldet und sind in unqualifi-

zierten Leserbriefen über uns hergezogen. Dabei wissen wir, dass es Griechenland noch schlechter geht als dem Kanton Bern. Und wir wissen auch, dass einige KMU tiefere Löhne bezahlen, allerdings nicht für die gleiche Arbeit. Und wir wissen auch, dass nicht jeder und jede im Kanton Bern einen hohen Lohn hat. Zurzeit beträgt der minimale Jahreslohn eines Kantonsangestellten auf den Rappen genau 46 055.75 Franken. Dividiert durch 13 ergibt dies vor allen Abzügen 3542 Franken und 75 Rappen. Und Einreihungen in tiefste Gehaltsklassen gibt es durchaus. In der Psychiatrie arbeiten Handwerkliche Mitarbeitende V, Hotellerie-Mitarbeitende IIId und Mitarbeitende Reinigungsdienst in der Gehaltsklasse 2. Da reicht ein Hundertprozentpensum eigentlich nicht für ein normales Auskommen, es sei denn bei einer sehr hohen Gehaltsstufeneinreihung. Aber gerade bei den Gehaltsstufeneinreihungen hapert es im Kanton Bern.

Friedliche Kundgebung

Wir trafen uns am Samstag zu einer äusserst friedlichen Kundgebung. Es war keine Demo, es war kein Streik. Noch nicht. Jene Berufsgruppen mit besonders prekären Bedingungen haben stärkere Massnahmen schon angedacht. Der BSPV als Dachorganisation zahlreicher Berufsgruppen will den Weg der Vernunft beschrei-

Elfmal Nein

Mit einem lautstarken und mächtigen Nein haben sich die Kundgebungsteilnehmenden ganz am Schluss der Redebeiträge zu den folgenden Fragen von BSPV-Geschäftsführer Matthias Burkhalter geäussert:

- Soll der Kanton Bern seinen Service public abbauen und soll er weitere Spitäler schliessen?
- Soll der Kanton Bern die Ausgaben bremsen und die Subventionen an Heime und Quartierorganisationen senken?
- Soll der Kanton Bern weitere Sparmassnahmen in den Bereichen Akut-, Langzeitpflege und der Spitex beschliessen?
- Soll der Kanton Bern das Budget mit aller Gewalt ausgleichen und dem Personal keinen Lohnanstieg gewähren?
- Soll der Kanton Bern einen Primatwechsel bei den Pensionskassen er-

zwingen und die Renten um 30 Prozent kürzen?

- Soll der Kanton Bern seine Steuern senken und die Kulturausgaben einfrieren?
- Soll der Kanton Bern seine Schulden auf dem Buckel des Personals abbauen?
- Soll der Kanton Bern seine Personalgesetze weiter liberalisieren und die Arbeitsbedingungen verschlechtern?
- Soll der Kanton Bern Stellen abbauen und die Belastung am Arbeitsplatz steigern?
- Soll der Kanton Bern aus Kostengründen seine Ärztinnen und Ärzte weiterhin über 60 Stunden pro Woche arbeiten lassen?
- Soll der Kanton Bern Geld bei der Bildung sparen und Schulklassen schliessen und die Pflichtlektionenzahl weiter erhöhen?

ten. Wir zählen auf Verhandlungen, wir zählen auf das Entgegenkommen der Entscheidungsträger. Wir zählen auf einen akzeptablen Kompromiss bei den Beratungen des Lehreranstellungsgesetzes, des Personalgesetzes und des Pensionskassengeset-

zes in der Juni-Session des Grossen Rates. Wir fordern aber mit Nachdruck Perspektiven für den Kanton Bern: Wir wollen ein verlässliches Leistungsangebot. Wir wollen konkurrenzfähige Löhne. Wir wollen tragbare Anstellungsbedingungen.





Solidarität der Rentnervereinigung.

Burkhalter

Rentner sind solidarisch

«Ich bin heute hier – aus Solidarität mit den aktiven Kolleginnen und Kollegen – dann aber auch, weil es mich stört, dass der Grosse Rat seit Jahren versucht, die Auswirkungen der Finanzmisere einseitig auf dem Buckel des Personals in der Frontlinie zu korrigieren: Die Lehrer, die Polizisten, die Pflegenden etc. Diese zynische Einstellung muss verschwinden, wenn der Kanton glaubwürdig bleiben will. Deshalb: Stopp dem Abbau!»
Robert Ruprecht, ehemals Dozent an der BFH-TI und Sekretär der Rentnervereinigung BSPV.

Ein Polizist spricht Klartext

«Ich bin heute hier in Bern, weil mit mehr Leistungsabbau und Einsparungen die Sicherheit im Kanton Bern in Zukunft gewaltig aufs Spiel gesetzt wird. Als Polizist bin ich und fühle ich mich verantwortlich und verpflichtet für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Aus diesem Grund bin ich gegen die geplanten und auch seit Jahren durchgeführten Sparmassnahmen beim Personal.

Seit mehreren Jahren wird beim Kanton gespart, meist auf Kosten der Angestellten und somit bei unseren Löhnen! Steigende Belastung im Alltag, wenig Wertschätzung in der Öffentlichkeit und alles ohne Aussicht auf eine positive Lohnentwicklung in der Zukunft! Auch positive Qualifikationen werden mit wenig bis keinen Lohnstufen honoriert. Zusätzlich sollen wir uns jetzt noch am milliardenschweren Deckungsloch der Pensionskasse beteiligen und trotz zunehmender Belastung soll das Rentenalter angehoben werden. Wir haben einen attraktiven Job und erledigen diesen motiviert, der Kanton Bern muss jetzt dafür sorgen, dass die Zukunftsperspektiven wieder stimmen und wir nicht in einer Sackgasse landen. Das gilt nicht nur für die Sicherheit sondern auch für das Bildungswesen und die Gesundheit. Darum zeigen wir uns solidarisch mit allen anderen Kantonsangestellten. Der Kanton Bern hat motivierte und engagierte Mitarbeiter. Das soll auch in Zukunft zugunsten der Bevölkerung so bleiben. Ich heisse Michael Mayer und bin Polizist bei der Mobilien Polizei Berner Oberland».

Wie geht es weiter?

Wenn in der Juni-Session keine konsensfähigen Lösungen für das neue kantonale Personalrecht gefunden werden, dann droht der seit Jahren latente Konflikt auszubrechen. Die Personalverbände sind gefordert, in einer finanzpolitisch heiklen Zeit genau die richtigen Massnahmen zu treffen. Das braucht einen kühlen Kopf, harte Verhandlungen, Beharrlichkeit und Mut. Und wenn es sein muss auch die Bereitschaft, inakzeptable Lösungen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Die Meinung unserer Mitglieder hören wir gerne. Schreiben sie uns. Sagen sie uns, wo der Schuh besonders drückt: burkhalter@bspv.ch

Anzeige

■ Pensionierung richtig planen

Sie wünschen sich:

Eine erstklassige, unabhängige Pensionsplanung ohne Produkteverkauf, welche ausschliesslich auf Ihre Wünsche, Bedürfnisse und Ziele ausgerichtet ist? Dann sind Sie bei uns an der richtigen Adresse. **Sonderkonditionen für BSPV Mitglieder.**

Bestellen Sie **kostenlos unsere umfassende Broschüre „Pensionierung“ mit vielen nützlichen Tipps und interessanten Berichten.**

Fankhauser, Fuchs & Partner

Pensionsplanung | Finanzplanung | Steuerplanung

Seftigenstrasse 25, 3007 Bern, Telefon: 031 371 90 90, Fax: 031 371 90 92

E-Mail: info@gutgeplant.ch | Web: www.gutgeplant.ch

gutgeplant.ch 
Pensions-, Finanz- & Steuerplanung

Bernhard Fankhauser

dipl. Vorsorge- und Vermögensberater SPPV eidg. dipl. EHL



Guido Fuchs

Finanzplaner mit eidg. FA



Kleinlicher oder sogar illegaler Gehaltsaufstieg?

Der Kanton Bern hat ja bekannterweise die Hälfte der Rotationsgewinne für Gehaltsaufstiege zur Verfügung gestellt. Solche Mikroanstiege führen zu skurrilen Situationen. Hier einige Rückmeldungen.



Ein Bezirkschef der Polizei hat 17 Mitarbeitende. Ihm wurden elf Gehaltsstufen zugeteilt. Wie verteilt man solche Brosamen? In der Gehaltsklasse 15 beträgt der Anstieg um eine Gehaltsstufe jährlich rund 500 Franken. Der Chef konnte nun elf von seinen 17 Mitarbeitenden einen monatlichen Gehaltsanstieg von je 50 Franken ermöglichen. Oder dann hätte er zwei Mitarbeitende um je fünf Gehaltsstufen befördern können. Das Personalrecht sieht für ausserordentliche Leistungen einen Anstieg von jährlich bis zu zehn Stufen vor. Der betreffende Bezirkschef schreibt im Dreieck, dem Sektionsorgan des Polizeiverbandes: «Gerade die Polizisten und Polizistinnen, welchen seit Jahren die ihnen zustehenden Leistungs-

stufen nicht gewährt werden, müssen sich immer mehr die Freude an der Arbeit am Lohn anrechnen lassen. Wie viele hundert Franken pro Monat Freude anstatt Lohn-erhöhung müssen wir noch erdulden?» – Wir schliessen uns dieser Frage an.

Willkürliche Einschränkungen

Aus anderen Gründen zeigten sich Mitarbeitende der Staatsanwaltschaft erbost. Die Generalstaatsanwaltschaft hatte beschlossen, nur jenen Mitarbeitenden eine Gehaltsstufe für das Jahr 2013 zu gewähren, die unter der Gehaltsstufe 50 eingereiht sind. Das ist nachvollziehbar. Gerecht aber sicher nicht. Und legal wohl auch nicht.

232 Mitarbeitende der Staatsanwaltschaft wurden mit A, A+ oder A++ bewertet. All diese erbrachten also mehr als bloss genügende Leistungen. Gereicht hat es aber bloss für 179 Mitarbeitende. Alle die bereits die Gehaltsstufe 49 erreicht hatten, gingen leer aus. Wer also als Leistungsträger in früheren Jahren belohnt worden war, musste nun dafür büssen.

Heftige Kritik am System

Ein externer Anwalt nahm prononciert zur Beschränkung des Gehaltsaufstiegs auf tief eingereihte Mitarbeitende Stellung. Er stellte fest: Ein Verstoss gegen Artikel 45 der Personalverordnung ist offenkundig. Statt nach Leistungskriterien wird der Gehaltsaufstieg (in einem zweiten Schritt) anhand der bisherigen Einstufung beurteilt. Dies stellt gleichzeitig auch einen Verstoss gegen Artikel 72 des Personalgesetzes dar, welcher festhält, dass sich der Gehaltsaufstieg auf die Leistungs- und Verhaltensbeurteilung stützt.

Es war aber längst nicht bloss die Staatsanwaltschaft, die aus unserer Sicht

unzulängliche Methoden zurückgegriffen hat, sondern zahlreiche andere Dienststellen handelten gleich oder ähnlich. Fazit: Ein wirklicher Leistungslohn wurde im Kanton Bern in den letzten 15 Jahren noch nie ausgerichtet.

Und noch einmal ein Bezirkschef der Kantonspolizei Bern; Beat Trösch findet: «Eine weitere Ungerechtigkeit ist, dass Mitarbeiter/-innen, welche über der Bandbreite eingestuft sind, für ihre in den Vorjahren sehr guten Leistungen bestraft werden, indem diesen kaum mehr Leistungsstufen zugesprochen werden können. Seit geraumer Zeit müssen diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die verdienten Stufen verzichten. Der Kanton Bern als Arbeitgeber ist mehr als nur gefordert – er ist diesbezüglich in die Pflicht zu nehmen!». Recht hat er.

Lohnerhöhungen der Privatwirtschaft

Amcor Kreuzlingen	1,7%
Lindt & Sprüngli	1,5%
Stadt Thun	1,5%
Cilag, Schaffhausen	1,5%
Elektrogewerbe	1,5%
Roche	1,4%
Swisscom	1,2%
Coop	1,1%
Siemens	1,0%
Sulzer	1,0%
Camille Bloch	1,0%
Fenaco	0,8%
Carrosseriewerbe	0,8%
Aldi	0,8%
Denner	0,8%
Kanton Bern	0,4%

Quelle: work 2012



Blicken Sie entspannt in Ihre Zukunft

Finanzielle Pensionsplanung, Steueroptimierung,
Vermögensanlage, Zweitmeinung zu Bank- und
Versicherungsofferten –
alle Entscheidungsgrundlagen aus einer Hand.

**Damit Sie Ihre Zeit unbeschwert
geniessen können.**

Unabhängige Pensionsplanung

Beratungsqualität vom BSPV
getestet und für gut befunden.
Mit Sonderkonditionen für
BSPV-Mitglieder.



Bonstettenstrasse 1, 3012 Bern
T 031 301 45 45

www.glauserpartner.ch



Umzüge
Privat und Geschäft

**peyer
bern**

T: 031 996 63 63
www.peyerbern.ch

Umzüge Transporte Lagerungen



...mich flexibel weiterbilden!

Handelsschule
berufsbegleitend

**Eidgenössische
Fachausweise**

Technische Kaufleute
Führungsfachleute
Organisator/in
Marketing

www.teko.ch



Muesmatt AG
Fenster und Schreinerei

Alpenstrasse 40 · 3052 Zollikofen
Telefon 031 911 80 11 · Fax 031 911 25 11
www.muesmatt.ch



FRIWASH

Die sanfte,
schonende
Autowaschstrasse
mit Textilfasern

Ey 9a, 3063 Ittigen
Tel. 031 921 76 83

Webcam unter: www.friwash.ch



Grotto Ticino
Pizzeria Cafiero
am Breitenrainplatz
3014 Bern

Saisongerecht, frisch und authentisch!

Geniessen sie unsere
Tessiner- und Italienischen Spezialitäten

Durchgehend warme Küche von 11.30 bis 22:45 Uhr
Jeden Tag geöffnet! Telefon: 031/ 331 96 77

www.grotto-ticino.ch



Kehrl+Oeler

CH-3001 Bern
Telefon 031 388 81 11
www.kehrluoeler.ch

Privat- und Geschäftsumzüge
Lagerlogistik

Regional • National • International



Leistungen müssen angemessen honoriert werden

Peter Kunz ehemaliger Präsident und aktives Mitglied des BSPV. Aus seiner Sicht ist der BSPV keine Gewerkschaft, sondern ein breit abgestützter Arbeitnehmerverband.

Du warst von 1995–2004 Präsident des BSPV. Was hat Deine Amtszeit geprägt?

Während meiner Amtszeit war die Standespolitik geprägt von Spar- und Sanierungsmassnahmen. Das Klima gegen aussen wurde immer rauher. Brückenbauer, wie ich einer bin, waren nicht mehr gefragt. Heute ist das nicht besser, sondern eher noch schlimmer.

Du hast Dich an den Sozialpartnergesprächen engagiert für das Personal eingesetzt. Welches waren Deine Hauptanliegen?

Für mich war es in der Form wichtig, anständig und respektvoll mit den Verhandlungspartnern umzugehen, obwohl stets mit harten Bandagen gekämpft wurde. In der Sache habe ich mich für möglichst gute Arbeits- und Lohnbedingungen eingesetzt, auch wenn prekäre finanzielle Bedingungen (auch) damals bestanden. Insbesondere die Forderung nach der fünften Ferienwoche wurde schon zu meiner Zeit immer wieder aufs Parkett gebracht.

«Es ist auch für Bürgerliche nötig und gut, sich für Personalanliegen zu engagieren»

Du gehörst zu der obersten Kaderstufe des Kantonspersonals. Was würdest Du bei den Mitarbeitenden der untersten Gehaltsklassen ändern?

Mir war und ist wichtig, dass genügend Lohnsumme zur Verfügung steht, um gute und sehr gute Leistungen zu honorieren, insbesondere für das Personal der tiefen und mittleren Gehaltsklassen. Wer Leistung bringt, soll entsprechend honoriert werden. Was aber nicht heisst, dass das Leistungsprinzip automatisiert werden soll.

Du interessierst Dich für unsere Personalvorsorge. Wie muss der Primatwechsel umgesetzt werden?

Mit einem Wechsel würde es eine Verschlechterung fürs Personal geben. Dieses soll auf keinen Fall die Nachteile alleine tragen müssen, schon nur angesichts der massiven Einsparungen zu Lasten des Personals bis heute. Eine vom Personal akzeptierte Übergangslösung, verbunden mit flankierenden Massnahmen (z.B. im Lohnbereich) ist meines Erachtens Pflicht für den Kanton als Arbeitgeber.

Und was machen wir, wenn der Grosse Rat keine Einsicht zeigt?

Für das Personal ist das Leistungsprinzip die beste Option und noch einer der (letzten) Trümpfe des Arbeitgebers bei den Anstellungsbedingungen. Bei einem Wechsel

zum Beitragsprimat müssten dann aber in anderen Bereichen Kompensationen erfolgen. Sonst kann das Referendum ergriffen werden und die Bernerinnen und Berner sollen dann entscheiden.

Ein Streik kommt für Dich wohl nie in Frage?

Ja, es heisst noch immer: Kein Streik mit Kunz. An der Kundgebung vom 16. März habe ich aber teilgenommen. Unsere Leistungen werden als selbstverständlich genommen und nicht genügend honoriert.

Gibt es den BSPV in 50 Jahren noch?

Absolut! Auch den Kanton wird es in 50 Jahren noch geben, hoffentlich erstarkt. Es braucht beide.

Warum bist Du als Bürgerlicher beim BSPV?

Aus Überzeugung. Es ist auch für Bürgerliche nötig und gut, sich für Personalanliegen zu engagieren. Der BSPV ist aus meiner Sicht keine Gewerkschaft, sondern ein breit abgestützter Arbeitnehmerverband.

Peter Kunz

Oberrichter Peter Kunz ist Ehrenmitglied des BSPV. Von 1995–2004 war er Verbandspräsident. Er ist Mitglied der FDP.

Erholung gewinnen

Aktive Erholung oder doch lieber einfach mal die Seele baumeln lassen? Gewinnen Sie eine Übernachtung für zwei Personen und lassen Sie sich in einem der vier Ferienverein-Hotels in den Traumdestinationen der Schweizer Alpen verwöhnen. Inklusive Halbpension und unbeschränkter Eintritt in den Wellnessbereich mit Solbad 33 °C.

Wählen Sie eine der Destinationen in den Bergen selber aus:

Hotel und Destination

- Hotel Valaisia in Crans-Montana
- Hotel Victoria-Lauberhorn in Wengen
- Hotel Altein in Arosa
- Hotel Schweizerhof in Sils-Maria

Gültigkeit

Eine Übernachtung mit Halbpension für zwei Personen in einem Schweizer Ferienverein-Hotel nach Wahl, gültig vom 31.5.–13.10.2013.

Spezialangebote

Übrigens: Als Mitglied des Bernischen Staatspersonalverbands profitieren Sie regelmässig von Spezialangeboten in den

Merci Mila!



Mila von Allmen hat die Geschäftsstelle verlassen. Vor dem Primatwechsel hat sie die wohlverdiente

Pensionierung angetreten. Am 1. September 1999 war sie ins BSPV-Sekretariat eingetreten. Mit Umsicht und Geschick hat sie unsere Mitgliederadministration betreut, Anmeldungen entgegengenommen, Adresslisten verschickt, Mutationen nachgespürt und viele, viele Telefonanrufe entgegengenommen.

Wohlfühl-Hotels des Ferienvereins. Ein Blick auf die Website www.bspv.ch lohnt sich.

Wettbewerbsfrage

Zum Ferienverein gehören auch zwei Ferienanlagen am Mittelmeer. Wo befinden sie sich?

Senden Sie Ihre Antwort bis spätestens am 31.5.2013 an den BSPV (per Post oder per Mail). Der Gewinner wird ausgelost. Mitmachen dürfen ausschliesslich Mitglieder des BSPV. Mitarbeitende der Geschäftsstelle und der Geschäftsleitung sind vom Wettbewerb ausgeschlossen. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. www.ferienverein.ch

Wettbewerb

Ihre Antwort:

Vorname: Name:

Adresse:

E-Mail: Sektion:

Datum: Unterschrift:.....

Einsenden bis spätestens am 31. Mai 2013 an:
 BSPV, Postfach 533, 3000 Bern 8 oder per E-Mail an: sekretariat@bspv.ch

Anzeige



**FERIEN
VEREIN**

WOHLFÜHLHOTELS MIT SOLBAD 33 °C

- Bergsommer im Hotel Valaisia, Crans-Montana **ab CHF 367.– p.P.**
- ✓ 3 Übernachtungen im Doppelzimmer
 - ✓ Wanderpass für einen Tag
 - ✓ Halbpension und eine Flasche Wein vor der Abreise

Gültig: 08.06.–15.07., 17.08.–31.08., 21.09.–05.10.2013. Buchungscode: Bergsommer.
 Weitere Ferienverein-Hotels finden Sie in Wengen, Arosa, Sils-Maria, Sardinien, Costa Brava.

www.ferienverein.ch

Handwerklich technisches Personal und Inselfpital

Nach dem Zusammenschluss der Sektionen HTP und Inselfpital ist eine noch stärkere Sektion mit 222 Mitgliedern entstanden.

Präsidentin Maya Burri begrüßte zahlreiche Mitglieder in der Frauenklinik zur 73. Hauptversammlung. Ein attraktives Jah-

resprogramm, ein befriedigender Kassenbericht und ein erfreulicher Jahresbericht wurden genehmigt. BSPV Geschäftsfüh-

rer Matthias Burkhalter malte ein düsteres Bild bei der Lohnentwicklung und bei der Revision des Pensionskassengesetzes. Aus dem Vorstand wurden Vernea Bürgi (HTP), Heidi Burgener und Mark Hebeisen (beide Insel) verabschiedet. Thomas Stoller und Marlies Dummermuth ersetzen sie mit neuem Elan. Wer in einem Spital oder an einer Hochschule arbeitet, ist in dieser Sektion gut aufgehoben!



Maya Burri und Verena Bürgi



Heidi Burgener und Thomas Stoller



Maya Burri und Mark Hebeisen

Weiterbildungskurse des BSPV und der befreundeten Verbände

Der BSPV bietet dieses Jahr ein attraktives Kursangebot an. Das Kursprogramm des BSPV ist auf unserer Homepage unter www.bspv.ch > Dienstleistungen > Kursangebote/Seminare publiziert.

Noch sind längst nicht alle Plätze belegt. Melden sie sich an!

Die nächsten Kurse:

29. Mai 2013: Coaching – Ein Instrument für Führungspersonen

30. Mai 2013: Finanzielle Pensionsplanung richtig gemacht

12. Juni 2013: Burnout – zuerst Feuer und Flamme, dann ausgebrannt

Pension – mit wieviel Geld kann ich rechnen?

An der Hauptversammlung der Sektion Förster, informierte der BSPV-Geschäftsführer Matthias Burkhalter über die aktuelle Lage der Pensionskassen und über die Lohnentwicklung im Kanton Bern.



Die Sektion Förster informieren sich bei der Hauptversammlung in Belp Zryd

Primatwechsel, Teil- oder Vollkapitalisierung, Übergangslösung, Referendum. Im September kommt es im Grossen Rat zur 2. Lesung des Pensionskassengesetzes (PKG). Erst dann wird klar sein, mit wie viel Geld man in Rente gehen kann. Fragen stellen sich aber bereits jetzt. Die Förster nutzten an der Hauptversammlung in Belp die Gelegenheit, konkrete Fragen zu stellen. Matthias Burkhalter zeigte die verschiedenen Varianten und deren mögliche Folgen auf.

Launen des Grossen Rates

Bei der Sektion Förster spürt man einen grossen Zusammenhalt und die Interessen zielen in die gleiche Richtung. Trotzdem ist Kurt Zumbrunn, Präsident der Förster, froh, dass sie den BSPV als starken Verband an ihrer Seite haben: «Sonst wären wir den Launen des Grossen Rates noch viel mehr ausgesetzt.» Er weiss, dass die Interessen der Förster ernst genommen werden. Dies nicht zuletzt weil auch Bernhard Pulver an seiner Rede beim 100-jährigen Jubiläum des BSPV versprochen hat, sich für das Personal einzusetzen.

Nahtloser Übergang

Nach vier Jahren übergibt Max Suter, Präsident der Sektion Höhere Angestellte Bern im BSPV, das Präsidium an seine Nachfolgerin, Christiane Aeschmann, Vizestaatschreiberin des Kantons Bern.

An der Mitgliederversammlung vom 6. März 2013 in Ostermundigen wurde dieser Wechsel vollzogen. Mit diesem nahtlosen Übergang kann eine optimale Weiterführung der Sektionsarbeit gewährt werden. Ist es doch insbesondere auch für die Kaderpersonen im Kantonsdienst wichtig, dass auch ihre Interessen weiterhin gut vertreten werden. Die Sektion ist hocherfreut, eine so gut vernetzte Kaderperson für das Präsidium gewonnen zu haben. Ebenfalls verabschiedet wurde Marcel Meier, Sekretär und Mitglied des Zentralvorstands. Er war während 20 Jahren in der Vorstandsarbeit tätig. Die Mitgliederversammlung bedankte sich auch bei ihm recht herzlich für

sein langjähriges Engagement. Max Suter und Marcel Meier übernehmen neu künftig das Amt als Revisoren um den Kontakt mit der Sektion beibehalten zu können. Die statutarischen Traktanden konnten zügig erledigt werden.

Im 2. Teil der Veranstaltung leitete Max Suter ein Gespräch mit Ursula Kambly und Regierungsrat Bernhard Pulver zum Thema «Das Personal – wichtigste Ressource in einer Unternehmung! Wahrheit oder Floskel?» Wie Regierungsrat Bernhard Pulver betonte, ist es im Staatswesen sehr viel komplexer, dem Personal die entsprechende Wertschätzung entgegen zu bringen, insbesondere wenn die dafür notwendigen Mittel fehlen. Die Regie-



Christiane Aeschmann wird die neue Präsidentin der BSPV-Sektion Höhere Angestellte Bern

rung würde sehr gerne mehr tun. Ursula Kambly wies auf den Vorteil hin, in einer kleineren und privaten Unternehmung mit dem Personal viel direkter wertschätzend umgehen zu können. Allerdings basiert jeder Mitteleinsatz für das Personal stets auf dem Erfolg der Unternehmung auf dem Markt, was wiederum der Staat für sein Personal so als Unsicherheitsfaktor nicht kenne. Die anwesenden Mitglieder waren sehr angetan von der lebhaften Diskussion und danken den Gästen mit grossem Applaus.

Traumberuf Polizist?

An der Delegiertenversammlung des Polizeiverbands Bern Kanton in Studen waren die Pensionskassen, das Rentenalter und ein Rückblick auf die Kundgebung vom 16. März 2013 die Hauptthemen.



PVBK wichtiger Stützfeiler, auch an der Kundgebung

Adrian Moser

Bis anhin lag bei der Polizei das ordentliche Rentenalter bei 60 Jahren. Das Gesetz sieht eine Sonderregelung vor. Die Polizistinnen und Polizisten sind zwar wie alle anderen Kantonsangestellten bei der Bernischen Pensionskasse BPK versichert, können aber bereits drei Jahre früher die maximale Rente erreichen, da ihre Aufgabe eine sehr hohe Arbeitsbelastung hervorruft. Das geht nicht zu Lasten der anderen Versicherten. Die Angehörigen des Polizeikorps zahlen dafür zusätzliche Beiträge. Einen Anstieg des Rentenalters auf neu 62 Jahre wollen die Polizisten vorerst nicht anfechten. Dazu braucht es aber als Kompensation einen verlässlichen Lohnanstieg und eine Aufstockung der Bestände.

Anstieg wegen Unterdeckung

Das Rentenalter für die Kantonsangestellten soll angehoben werden, da die BPK eine Deckungslücke von 2,6 Milliarden Franken aufweist und der Regierungsrat leider nicht bereit ist, die Korrekturen auf der Beitragsseite vorzunehmen. Ob die Forderungen der Polizei – allen voran ein verlässlicher Lohnanstieg und tragbare Arbeitsbedingungen – umgesetzt werden können, wird sich bei der ersten Lesung

des Lehreranstellungs- und Personalgesetzes im Juni und dann endgültig während der zweiten Lesung im September zeigen. Parallel dazu wird in diesen Lesungen das Pensionskassengesetz PKG (FUTURA) behandelt: Primatwechsel, Teil- oder Vollkapitalisierung, Beitragserhöhungen, Leistungsverlechterungen und am Schluss sogar ein Referendum? Das wird sich im Herbst 2013 zeigen.

Aktive Mitarbeit

Der Polizeiverband ist die grösste Sektion des BSPV. Dank der steten Rekrutierung in den Polizeischulen ist auch für dieses Jahr ein Anstieg der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Sehr aktiv ist in dieser Beziehung Bruno Mühlethaler. Folgerichtig wurde er an der Delegiertenversammlung zum neuen Vizepräsidenten gewählt. Er ersetzt Tania Glanzmann, die nach langem, verdienstvollem Einsatz aus dem Vorstand zurückgetreten ist und den Polizeiverband weiterhin auf schweizersicher Ebene vertritt. Insgesamt gehören fast 2000 Polizisten und Polizistinnen dem BSPV an.

Der wohl seit der Kundgebung bekanntesten Polizistin in Bern, Martina Buri, wurde an der Delegiertenversamm-

Kolumne

Vor heiklen Entscheiden

Der Grosse Rat des Kantons Bern steht im Sommer und Herbst 2013 vor ganz schwierigen Entscheiden.

Einerseits weist der Kanton einen strategischen Fehlbetrag von jährlich rund 500 Millionen Franken auf. Ein solches Defizit kann nicht mehr einfach eingespart werden; die Zitrone ist nach den Sparübungen der letzten Jahre ausgepresst. Die Schuldenbremse, die uns von einem Staatsbankrott rettet, kann nur noch durch den Verzicht von Staatsaufgaben eingehalten werden. Dabei darf es keine Tabus geben: selbst in der Bildung, im Verkehr oder im Gesundheitswesen, auch bei den Investitionen.

Andererseits liegen Forderungen des Personals vor. Die Botschaften der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom 16. März 2013 auf dem Bundesplatz sind gehört und verstanden. Mehrere Forderungen werden bis in weite Teile aller politischer Lager als berechtigt und meist auch als unbestritten betrachtet. Dazu kommt die Neustrukturierung der Personalvorsorge mit einer Sanierung der beiden



Von Mathias Tromp

Grossrat BDP, ehem. Generalsekretär VOL und Direktor BLS AG

kantonalen Pensionskassen in mehrfacher Milliarden-Höhe.

Persönlich – als Vertreter des öffentlichen Verkehrs wie auch als Sprecher der Finanzkommission beim Budget – habe ich diese grosse Diskrepanz bereits bei den Vorlagen des öffentlichen Verkehrs gespürt. Beiden Interessen zu dienen verlangt eine heikle Abwägung, bringt schlaflose Nächte und schafft so oder so nach der Abstimmung nicht nur Freunde.

Vor einer solchen Zerreissprobe steht nun der Grosse Rat in seiner Gesamtheit. Dabei gefordert ist insbesondere die «politische Mitte», die vermutlich bei allen heiklen Entscheiden Ausschlag gebend sein wird. Bereits jetzt spüren einzelne meiner Fraktionskollegen und ich wie beim Pensionskassengesetz und bei der Besoldungsgesetzgebung um jede Formulierung gerungen wird. Ziel ist eine gute und machbare Lösung und damit eine Mehrheit der Stimmen im Rat. Was immer das Resultat sein wird: denkt bei der eigenen Beurteilung daran, dass der Grosse Rat unter Abwägung aller Interessen mit grosser Verantwortung sich zu diesen Entscheiden durchgerungen haben wird.

Die Meinung des Autors muss sich nicht mit jener des BSPV decken.



Hotline

Inserate: 031 300 63 89
inserate@staempfli.com

lung der verdiente Dank ausgesprochen. Sie war das Gesicht für Flyers, Plakate, die Demozeitung und fürs Fernsehen. Das braucht Mut, so vor alle hinzustehen und Flagge zu zeigen.

Imposanter Anblick

Über 600 Polizisten kamen am 16. März in Vollmontur und bewaffnet an die Kundgebung auf dem Bundesplatz in Bern. Für Michael Mayer ist der Beruf Polizist nach

wie vor ein Traumberuf. Wie lange noch? Er hielt vor 20 000 Kundgebungsteilnehmern eine beeindruckende Rede und sprach mit teils kritischen Worten den meisten Polizisten aus der Seele.

Präsident Markus Meyer schloss die erfolgreiche Versammlung in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste aus der Politik, dem Kommando, der Polizeidirektion und der Justiz nach zweistündiger Verhandlung.

Regierungsstatthalterwahlen vom 9. Juni 2013



Philippe Chételat,
Biel

Im Wahlkreis Biel kandidiert unser BSPV-Mitglied Philippe Chételat (SP) als Regierungsstatthalter. Er ist seit 1995 Mitglied des Verbandes Bernischer Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Von 2001–2004 war er Präsident der BSPV-Sektion.



Bernhard Häsler,
Interlaken-Oberhasli

Im Wahlkreis Interlaken-Oberhasli kandidiert unser BSPV-Mitglied Bernhard Häsler (SVP) als Regierungsstatthalter. Er ist seit 1998 Mitglied der Sektion Schulinspektoren. Von 1999–2007 war er Präsident der BSPV Sektion.



Christoph Lerch,
Bern-Mittelland

Im Wahlkreis Bern-Mittelland kandidiert unser BSPV-Mitglied Christoph Lerch (SP) als Regierungsstatthalter. Er ist seit 2009 Mitglied der Sektion Regierungsstatthalter. Seit 2009 ist er Regierungsstatthalter im Amt Bern-Mittelland.



Christian Rubin,
Frutigen-Niedersimmental

Im Wahlkreis Frutigen-Niedersimmental kandidiert unser BSPV-Mitglied Christian Rubin (SVP) als Regierungsstatthalter. Er ist seit 1997 Mitglied der Sektion Regierungsstatthalter. Seit 1997 ist er Regierungsstatthalter im Amt Frutigen, ab 2010 im Wahlkreis Frutigen-Niedersimmental.

Progression salariale mesquine voire illégale ?

Comme on le sait, le canton de Berne a mis à disposition la moitié des gains de rotation pour des augmentations de salaire. Des hausses aussi microscopiques conduisent à des situations grotesques. En voici quelques-unes.

Un chef de district de la police a 17 collaborateurs. Il a obtenu 11 échelons de traitement. Comment répartir de telles miettes ? Dans la classe de traitement 15, la progression d'un échelon se monte annuellement à 500 francs. Le chef a donc pu accorder à 11 de ses 17 collaborateurs une hausse salariale mensuelle de 50 francs. Ou alors il aurait pu augmenter 2 de ses collaborateurs de 5 échelons de traitement. Le droit du personnel prévoit une progression annuelle maximale de 10 échelons en cas de performances hors du commun. Le chef de district en question écrit à l'organe de l'Association de police: «Ce sont justement les agentes et agents de police, à qui on n'octroie pas depuis des années les échelons de traitement auxquels ils ont droit, qui doivent toujours plus compenser leur salaire par leur joie au travail. Combien devons-nous encore tolérer de centaines de francs par mois de joie au lieu d'augmentations de salaire?» – Nous nous joignons à cette question.

Des restrictions arbitraires

Les collaborateurs du Ministère public se sont montrés irrités pour d'autres raisons. Le Ministère public général avait décidé de n'accorder un échelon de traitement pour l'année 2013 qu'aux collaborateurs qui se situent dans un échelon de traitement inférieur à 50. Cette décision est compréhensible. Mais certainement pas équitable. Et pas légale non plus.

Au total, 232 collaborateurs du Ministère public ont obtenu l'évaluation A, A+ ou A++. Toutes ces personnes ont donc fourni des performances plus que satisfaisantes. Mais il n'y avait assez que pour 179 collaborateurs. Tous ceux qui avaient déjà atteint l'échelon 49 sont repartis les mains vides. La personne qui avait été récompensée

au cours des années précédentes pour ses performances a donc du payer pour cela cette année.

Violente critique contre le système

Un avocat externe a pris position de façon tranchée contre le fait de limiter la progression salariale aux collaborateurs situés dans les échelons bas. Il a constaté la chose suivante: il s'agit manifestement d'une infraction à l'article 45 de l'Ordonnance sur le personnel. Au lieu d'être basée sur des critères de performances, la progression salariale (dans une deuxième étape) est octroyée en fonction du classement précédent. Cela constitue également une infraction à l'article 72 de la Loi sur le personnel. Celui-ci stipule en effet que la progression de traitement se fonde sur l'évaluation des performances et du comportement.

Mais le Ministère public n'est pas le seul – et depuis longtemps – à recourir à des méthodes selon nous insuffisantes, mais bien d'autres offices agissent à l'identique ou de façon similaire. Conclusion: voilà 15 ans qu'aucun salaire réellement basé sur les performances n'a été versé dans le canton de Berne.

Laissons à nouveau la parole au chef de district, Beat Trösch: «Voilà encore une autre injustice: les collaboratrices et collaborateurs qui se situent au-dessus des plages de valeurs sont punis pour les très bonnes performances qu'ils ont réalisées les années précédentes, étant donné qu'on ne peut presque plus leur attribuer d'échelons. Ces collaboratrices et collaborateurs doivent depuis longtemps renoncer aux échelons qu'ils ont mérités. Le canton de Berne, en sa qualité d'employeur, est plus que sollicité, il faut le rappeler à ses devoirs!» Il a raison.



Augmentations salariales de l'économie privée

Amcor Kreuzlingen	1,7%
Lindt & Sprüngli	1,5%
Ville de Thoune	1,5%
Cilag, Schaffhouse	1,5%
Roche	1,4%
Swisscom	1,2%
Coop	1,1%
Siemens	1,0%
Sulzer	1,0%
Aldi	0,8%
Denner	0,8%
Canton de Berne	0,4%

Source: work 2012



Grande manifestation sous la devise « STOP au démantèlement ».

Adrain Moser

Manifestation STOP au démantèlement: succès impressionnant

L'APEB et les associations de personnel amies ont appelé à manifester. La première fois depuis 11 ans. Et les membres sont venus par milliers. Ils ont envoyé un signal clair contre le démantèlement du service public dans le canton de Berne.

Des bus pleins à craquer en provenance du Jura bernois, 600 agentes et agents de police en uniforme, un groupe de forestiers dans leurs vestes rouges, des enseignantes et des enseignants, des infirmières, des retraitées et des retraités avec des banderoles, des experts en automobile en bleu, des sages-femmes, des médecins et des centaines de collaborateurs de l'administration cantonale, de la trésorerie, du contrôle des finances, de l'administration des impôts ainsi que des officières et officiers de l'état civil. Toutes et tous ont fait impression avec leur défilé.

Vingt mille employés cantonaux sur la Place fédérale

Les trois membres du Conseil-exécutif présents, Beatrice Simon, Bernhard Pulver et Philippe Perrenoud, ont écouté attentivement nos revendications et y ont donné raison lors d'interviews. Les radios et plusieurs télévisions ont rendu compte en détail de la problématique salariale bernoise. Notre action a même suscité une juste attention sur le plan national.

Les retours positifs de la part de nos membres, de nos amies et de nos sympathisants étaient renversants. Et il est ré-

jouissant de voir des personnes s'affilier à l'association parce qu'elles ont remarqué qu'elles aussi sont concernées. Un grand merci à toutes celles et ceux qui, d'une façon ou d'une autre, ont participé aux préparatifs, de grande ampleur.

Certains n'ont pas tout compris

Les envieuses et les envieux aussi se sont fait entendre et nous ont démolis dans des lettres de lecteur peu qualifiées. Oui, nous savons qu'en Grèce c'est encore pire que dans le canton de Berne. Et nous savons aussi que certaines PME paient des sa-

laire plus bas, toutefois pas pour le même travail. Nous savons également que toutes et tous n'ont pas un salaire élevé dans le canton de Berne. Actuellement, le salaire annuel minimal d'un employé du canton se monte au centime près à 46 055.75 francs. Divisé par 13, cela équivaut, avant déductions, à 3542 francs et 75 centimes. Et les classements dans les classes de traitement les plus basses existent aussi. En psychiatrie, les collaborateurs artisans V, les collaborateurs d'hôtellerie IIIId et les collaborateurs du service de nettoyage travaillent dans la classe de traitement 2. A ce niveau, un travail à 100% ne suffit en fait pas pour avoir un revenu normal, même si l'on se situe dans des échelons de traitement très élevés. Mais c'est justement avec les classements dans les échelons de traitement que ça ca-fouille dans le canton de Berne.

Manifestation paisible

Nous nous sommes retrouvés le samedi pour une manifestation extrêmement paisible. Ce n'était pas un cortège tonitruant, ce n'était pas une grève. Pas encore. Les groupes professionnels qui connaissent des conditions particulièrement précaires ont déjà songé à des mesures plus musclées. L'APEB, en qualité d'organisation faîtière de nombreux groupes professionnels, veut emprunter la voie de la raison. Nous comptons sur les négociations, nous comptons sur la compréhension des décideurs. Nous comptons sur un compromis acceptable lors des délibérations qui auront lieu pendant la session de juin du Grand Conseil et qui porteront sur la Loi sur le statut du corps enseignant, la Loi sur le personnel et la Loi sur les caisses de pension. Mais nous réclamons avec insistance des perspectives pour le canton de Berne. Nous voulons un catalogue de prestations fiable. Nous voulons des salaires concurrentiels. Nous voulons des conditions d'engagement tolérables.

Que se passera-t-il ensuite ?

Si, lors de la session de juin, aucune solution consensuelle n'est trouvée pour le nouveau droit du personnel cantonal, le conflit qui est latent depuis des années risque alors d'éclater. Les associations de



Le personnel cantonal se sert les coudes.

Zryd

personnel doivent prendre exactement les bonnes mesures alors qu'on se trouve dans une période délicate en matière de politique financière. Cela demande une tête froide, d'après négociations, de la té-

nacité et du courage. Et même, s'il le faut, la volonté de combattre des solutions inacceptables par tous les moyens à disposition.

Onze fois NON

A la fin des discours, les participants à la manifestation ont répondu aux questions de l'administrateur de l'APEB, Matthias Burkhalter, par un NON tonitruant et massif :

- Le canton de Berne doit-il démanteler son service public ou fermer d'autres hôpitaux ?
- Le canton de Berne doit-il freiner les dépenses et baisser les subventions des maisons de repos et des organisations de quartier ?
- Le canton de Berne doit-il décider de nouvelles mesures d'économies dans les soins aigus, les soins de longue durée et l'offre de Spitex ?
- Le canton de Berne doit-il équilibrer de force le budget et ne garantir à son personnel aucune augmentation de salaire ?
- Le canton de Berne doit-il arracher un changement de primauté pour les

caisses de pension et diminuer les rentes de 30% ?

- Le canton de Berne doit-il baisser ses impôts et geler les dépenses pour la culture ?
- Le canton de Berne doit-il réduire ses dettes sur le dos du personnel ?
- Le canton de Berne doit-il continuer à libéraliser ses lois sur le personnel et détériorer les conditions de travail ?
- Le canton de Berne doit-il supprimer des postes de travail et augmenter la charge de travail pour les postes restants ?
- Le canton de Berne doit-il, pour des questions de coûts, continuer à faire travailler ses médecins plus de 60 heures par semaine ?
- Le canton de Berne doit-il économiser de l'argent dans la formation et fermer des classes tout en augmentant le nombre d'heures obligatoires ?

diagonal

APEB

www.apeb.ch

13 Sujet politique

Gains de rotation pour augmenter les salaires

Le Canton a mis à disposition du personnel la moitié des gains de rotation. Mais cette somme n'était pas suffisante pour tous, ce qui a conduit à des situations grotesques.

14 Sujet politique

Manifestation réussie

Les membres de l'APEB et des associations de personnel amies sont venus par milliers à la manifestation et ont donné un signal clair.

Note

Dates importantes

Séance ordinaire du Comité central 2 mai 2013 : le Comité central (CC) de l'APEB se réunira le 2 mai.

Assemblée des délégués 21 juin 2013 : l'Assemblée des délégués (AD) aura lieu le 21 juin.

Formation continue 29 mai 2013 : Le coaching, un instrument pour les personnes dirigeantes
30 mai 2013 : Planifier correctement sa retraite sur le plan financier
12 juin 2013 : Burnout: tout feu tout flamme au début, et complètement cuit à la fin
29 août 2013 : Comprendre le principe des trois piliers et sa caisse de pension

Editorial



L'administrateur de l'APEB salue 20 000 employés cantonaux.

Zryd

Merci d'être venus!

Le défilé des employés cantonaux lors de la manifestation «Stop au démantèlement» du 16 mars dernier était époustoufflant. Vingt mille personnes se sont rassemblées sur la Place fédérale.

Matthias Burkhalter, administrateur de l'APEB

Le canton de Berne a des problèmes. Des problèmes financiers, des problèmes structurels et des difficultés d'origine interne. Mais il a aussi, c'est certain, des problèmes de personnel. Lorsque 20 000 employés cantonaux disent NON à des décisions majeures du Conseil-exécutif et du Parlement, nous nous attendons à ce que ces derniers changent de direction. Ce n'est qu'avec un personnel content, rétribué de façon appropriée et fiable, que le canton pourra résoudre les problèmes auxquels il fait face. Avec le personnel, et pas contre lui.

La progression salariale 2012/2013 s'est révélée être une baisse de la masse salariale. On ne peut rien faire de sensé avec 0,4%. Les personnes qui ont obtenu un échelon de plus se sont à peine senties ré-

compensées. Les personnes qui n'en ont obtenu aucun se sont senties trahies. Nous vous relatons en page 5 deux exemples pratiques insatisfaisants.

Avec l'interview de Peter Kunz, juge à la Cour suprême et libéral-radical, et la chronique de Mathias Tromp, député PBD au Grand Conseil, un cadre actuel et un ancien cadre de la fonction publique prennent position par rapport aux problèmes de personnel du moment. Je serais heureux si un membre des classes de traitement 1-5 s'annonçait auprès du secrétariat. Car une personne qui gagne moins de 4000 francs par mois devrait en effet prendre position de façon encore plus percutante sur la politique du canton de Berne en matière de salaire et d'engagement.